

Hambacher Erklärung 2019

VERANTWORTUNG FÜR UNSERE DEMOKRATIE

„Hinauf, Patrioten zum Schloss, zum Schloss!“ So erklang der Ruf der Menschen, die am Pfingstwochenende 1832 zum Hambacher Schloss hinaufstiegen um für Freiheit, Demokratie und ein geeintes Deutschland in einem friedlichen Europa zu kämpfen. Hier in Hambach wurde der Willkür der Fürsten die Souveränität des Volkes entgegengesetzt. Hambach steht für den Kampf gegen Zensur und für freie Presse. Hambach steht auch heute noch wie kein anderer Ort für die politische Kraft der Vision einer Gesellschaft von Freien und Gleichen.

An diesem historischen Ort haben die sozialdemokratischen Fraktionen der Landtage von Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland heute getagt. Im Mittelpunkt des Austausches standen die großen Herausforderungen unserer Demokratie heute. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – das sind unsere Grundwerte, die es auch heute zu verteidigen gilt. Gemeinsam übernehmen wir Verantwortung für unsere Demokratie. Aber unsere Demokratie braucht heute mehr Bannerträger, wenn sie die großen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen will.

Unsere Demokratie muss sich aktuell vielfach neu bewähren

Allem voran steht dabei der Kampf gegen den erstarkenden Rechtsextremismus. Wir leben in einer Zeit, in der einzelne politische Kräfte die Errungenschaften unserer freiheitlichen Demokratie verächtlich machen und in der Menschen wieder aufgrund ihres Glaubens oder ihrer Hautfarbe angegriffen werden.

Das Klima für solche Taten wird gesät durch Parteien, die behaupten das „wahre Volk“ zu repräsentieren und die durch ihre Sprache den Boden für Straftaten ebnen. Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eint die tiefe Entschlossenheit, uns diesen Feinden unserer Demokratie entgegenzustellen. Wir sagen: „Null Toleranz gegenüber Intoleranz!“

Eine weitere Herausforderung unserer Demokratie ist die Steuerungsfähigkeit der Politik. Politik wird immer komplexer und es wird immer schwieriger, politische Entscheidungen in ihrer Tragweite zu vermitteln. Globalisierung und Digitalisierung haben den politischen Prozess innerhalb unserer Demokratien massiv beschleunigt. Heute haben viele Bürgerinnen und Bürger das Gefühl, dass wichtige politische Entscheidungen nicht mehr im Bundestag, geschweige denn in unseren Landtagen, entschieden werden. Wo aber der Eindruck entsteht, dass die persönliche Wahlentscheidung angesichts solcher Entwicklungen irrelevant wird, da sinkt das Vertrauen in Demokratie insgesamt und die demokratischen Institutionen im Besonderen. Deshalb ist es Aufgabe der Sozialdemokratie, Gestaltungs- und Handlungsspielräume für Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik zurückzugewinnen.

Wir müssen dafür sorgen, dass das Vertrauen in den Staat wieder zunimmt: Die traditionellen Organe und Institutionen der repräsentativen Demokratie und ihre Fähigkeit, die Interessen aller Gruppen und Schichten der Gesellschaft aufzugreifen und politisch zu vertreten, müssen wieder von

den Bürgerinnen und Bürgern als Errungenschaften unseres demokratischen Systems wahrgenommen werden. Während in anderen Ländern politische Teilhabe verhindert wird und freie Entfaltung eines jeden Einzelnen unmöglich ist, stellt unser demokratisch verfasstes Gemeinwesen ein politisches Erfolgsmodell dar. Diese Errungenschaften müssen wir immer wieder aufs Neue erwerben, um dem schwindenden Vertrauen und den hohen Wahlergebnissen populistischer Parteien entgegenzuwirken.

Dieses Spannungsverhältnis zwischen wachsender Distanz zur repräsentativen Demokratie und neuen, bewegungsartigen Formen des Protests führt zu einer diffusen gesellschaftspolitischen Stimmungslage, die mit einer „Dauergereiztheit“ (Bernhard Pörksen) und einer Verrohung der politischen Sprache einherzugehen scheint. Es ist in vielen Bereichen schlicht der Abbruch des rationalen gesellschaftlichen Diskurses zu befürchten oder schon zu beobachten.

All diese Entwicklungen führen dazu, dass unsere repräsentative Demokratie von manchen Menschen nicht mehr als wertvoll und leistungsfähig erachtet wird. Dieses schwindende Vertrauen bedeutet auch eine Gefahr für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

In diese Zeit fällt aber auch eine neue Lust am Politischen. Junge Menschen gehen wieder auf die Straße und kämpfen für ein nachhaltiges Leben und Wirtschaften auf unserer Erde. Wir fühlen uns ihnen verbunden. Aber wir spüren auch, wie schwer es ist, gemeinsame Antworten zu finden. Es braucht Lösungen, bei denen nicht einzelne auf der Strecke bleiben.

Wir wollen den beschriebenen Entwicklungen entgegentreten, die zu dem Vertrauensverlust in unsere Institutionen und das politische System im Gesamten führen. Unsere Demokratie braucht mehr Bannerträger, die demokratische Errungenschaften verteidigen, aber auch mehr Teilhabe, gerade auch zwischen den Wahlterminen. Das bedeutet, manche parlamentarische Traditionen der Gegenwart anzupassen, Entscheidungsprozesse transparenter zu gestalten und neue Formen der politischen Beteiligung zu ermöglichen.

Folgende Elemente sollen einen Beitrag leisten zu mehr Demokratie und zum Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung:

- Wir wollen die Parlamentssitzungen wieder zu Festen der demokratischen Auseinandersetzung machen. Dafür stehen zum Beispiel die direkten Fragestunden an die Regierungschefs, wie in Rheinland-Pfalz oder auf Bundesebene. Politische Debatten dürfen nicht nur in sozialen Netzwerken stattfinden. Das birgt die Gefahr, dass alle sich in ihren jeweiligen Diskursblasen isolieren: Unsere Parlamente sind Orte der Vielfalt. Unsere Parlamente sind Orte der Repräsentanz divergierender Interessen. Unsere Parlamente sind Orte des öffentlichen Aushandelns tragfähiger Lösungen.
- Die Arbeit der SPD-Fraktionen wollen wir weiter öffnen und die Bürgerinnen und Bürger stärker als bisher in unsere interne Meinungsbildung integrieren. Dabei vertreten wir als Partei der Arbeit und der sozialen Gerechtigkeit klare Standpunkte. In der Vergangenheit haben viele Parteien zu sehr versucht, es allen Recht zu machen. Dadurch entstand zu oft der Eindruck politischer Belieblichkeit. Es bedarf einer Wiederbelebung der politischen Debatte um die beste Lösung für unser Land und einer neuen politischen Kultur bei der das bessere Argument zählt und nicht die Frage, wer sich am Ende durchgesetzt hat.
- Wir freuen uns über die neue Lust am Politischen. Eine ganze Generation ist heute so politisiert wie lange nicht mehr. Aber Politik endet nicht auf der Straße. Wir wollen einen

Beitrag leisten, um unsere parlamentarische Demokratie für diese junge Generation zu öffnen. Ein erster Schritt dafür ist die Ausweitung des Wahlrechts: In vielen Ländern Deutschlands besteht bereits das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren bei Kommunalwahlen wie in Baden-Württemberg. In Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland jedoch aufgrund der Blockade der CDU-Fraktionen noch nicht. Wir wollen uns dafür einsetzen, diese Blockaden zu überwinden.

- Die Stärkung der politischen Bildung bleibt unser Ziel – gerade auch in den Schulen: Wir begrüßen daher Initiativen wie Probewahlen oder themenbezogene Workshops, die unsere repräsentative Demokratie für junge Menschen fassbar machen. Wir streben eine Stärkung der politischen Bildung an unseren Schulen an.
- Repräsentative Bürgerforen sind Beispiele für politische Innovationen, die in der politischen Debatte unterschiedliche Meinungen und Perspektiven besser abbilden können, als das zum Teil heute geschieht. Sie können geeignete Werkzeuge sein, damit politische Entscheidungen allgemeiner verbindlicher, besser und bürgernäher werden. Wir wollen solche Foren auch auf Kommunal- und Landesebene stärker integrieren.
- Unsere Demokratie ist es uns wert: Wir wollen eine Stärkung der wichtigen Institutionen der politischen Bildung. Die Landeszentralen für politische Bildung, die politischen Stiftungen und die Bildungsstätten benötigen mehr Mittel. Dabei muss es auch darum gehen, dass die politische Bildung im Internet ankommt. Hier finden politische Meinungsprozesse statt, hier radikalisiert sich Einzelne.
- Wir stehen für eine wehrhafte Demokratie. Dort, wo wir Verantwortung tragen, werden wir alles gegen einen Rückfall in die Barbarei unternehmen. Wer sich gegen unsere freiheitlich demokratische Grundordnung richtet, wird in der Sozialdemokratie den stärksten Gegner finden.
- Wir stehen an der Seite der Menschen, die unsere Demokratie mitgestalten und gegen Extremismus verteidigen. Damit die vielfältigen Initiativen Sicherheit über die finanzielle Unterstützung bekommen, brauchen wir endlich ein Gesetz zur Stärkung der Demokratie auf Bundesebene.
- Unsere Demokratie lebt auch von den vielfältigen Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Wirtschaft. Auch hier gilt: Mitbestimmung muss sich nicht nur in der Krise bewähren. Grundlegende Entscheidungen der Wirtschaft müssen wegen ihrer Konsequenzen für das Leben vieler Menschen demokratisch legitimiert sein. Mit den Gewerkschaften wollen wir darüber in den Dialog treten, wie wir unsere Mitbestimmung stärken können insbesondere im Hinblick auf den Wandel der Arbeits- und Produktionsweisen.

Die SPD-Landtagsfraktionen von Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland stehen am Anfang einer Diskussion über wirksame Instrumente für die Stärkung der Demokratie. Für uns sind die vorliegenden Maßnahmen der Beginn eines wichtigen Prozesses. Es gilt, die Demokratie als ein großes Gespräch aller zu stärken. Denn wir tragen alle Verantwortung für unsere Demokratie.